

Lebensplanungssicherheit im ländlichen Raum

Ein Thema, an dem wir arbeiten müssen
von Marika Tändler-Walenta und Antje Feiks

Alle Regionen Sachsens im ländlichen Raum stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Am Arbeitsmarkt läuft es gelinde gesagt nicht rund. Es gibt keine Antworten auf Fragen der Demografie, junge Menschen ziehen weg, die ländlichen Räume überaltern. Es steht die Frage der entvölkerten Regionen, unregelmäßige Unternehmens- und Praxisnachfolgen, mit deren Wegfall weiter Struktur wegbricht. Der notwendig gewordene Rückbau der Infrastruktur führt zu geringerer Lebensqualität in den Regionen. Gleichzeitig werden die Mittel der Kreise geringer, regionale Wirtschaftskreisläufe gibt es nicht in der notwendigen Konsequenz, die Landratsämter verwalten quasi den Untergang.

Das muss allerdings so nicht sein. Wir müssen uns des Themas „Ländlicher Raum“ unter der Prämisse Lebensplanungssicherheit annehmen. Das ist Pflicht für uns als LINKE. Denn wir haben die Aufgabe dafür zu werben und konzeptionell zu untersetzen, dass es kein zwangsläufiger Mechanismus ist, dass sich die Schere zwischen Stadt und Land immer weiter spreizt. Auch das gehört zu sozialer Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich dazu. Zumal die ländlichen Räume Ausgleich zum hektischen Alltag und Erholung bieten und somit gerade in Zeiten von Schnelllebigkeit, Leistungsdruck wiederum ein Baustein von Lebensqualität in den Großstädten ist. Der ländliche Raum bietet in naher Umgebung so auch Freizeit- und Erholungsinfrastruktur. Wenn diese im ländlichen Raum wegbrechen, sinkt so auch die Attraktivität der Städte.

Viel zu oft vernachlässigen wir in Debatten, dass ländliche Räume anders funktionieren als urbane Regionen. Es gibt in der Partei zum Beispiel Konzepte zum fahrscheinlosen ÖPNV. Dessen Konzeption richtet sich jedoch vor allem nach den Bedürfnissen der großen Städte. Das erscheint zu kurz gedacht. Eine LINKE, die nicht nur in den großen Städten wachsen will, muss deshalb den ländlichen Raum auch als politisches Handlungsfeld für sich entdecken. Gerade hier punktet die CDU durch ihre Verwaltungstätigkeit – diese hat allerdings nur noch sehr wenig mit lebendiger, attraktiver, die Menschen einbeziehender Politik zu tun. Und genau hier müssen wir wieder ansetzen und in dem Zusammenhang müssen die Städte Verantwortung für die ländlichen Räume mit übernehmen. Das heißt konkret, steigende Einwohnerzahl in Städten nicht ins Feld zu führen, um mehr Anspruch auf Ressourcen unterstreichen zu wollen. Solange wir als LINKE den ländlichen Raum noch nicht per Beschluss aufgegeben haben, ist in einer solidarischen Partei das Gegenteil zu befördern. Das bedeutet, dorthin Unterstützung geben, wo die Strukturen schwächer werden und die Schwächeren in Debatten mitdenken.

Den Ländlichen Raum zu thematisieren und konzeptionell überhaupt wieder zu bearbeiten, bedarf zweier Stränge. Das ist zum einen der ganz lebensweltliche Strang: Lebensplanungssicherheit, deren Umsetzbarkeit und Ausgestaltung im ländlichen Raum. Zum anderen aber existiert auch ein visionäre Strang, den wir als LINKE stärker bearbeiten sollten,

weil er konkrete Perspektiven bietet und alltagstauglich ist: Welche Siedlungsentwicklungen sind in ländlichen Räumen möglich?

Siedlungsentwicklung im ländlichen Raum

Dieser Debattenstrang muss dabei beispielsweise Antworten auf die Frage finden, ob noch alle Teile im ländlichen Raum besiedelt bleiben können bei den derzeit bekannten demografischen Entwicklungen. Wo liegen hier angesichts der demografischen Entwicklung die Potentiale? Weitergehend muss diskutiert werden, wie eine Siedlungsstruktur im ländlichen Raum aussehen, die Perspektive hat und wie diese sich entwickeln kann. Gibt es hier Möglichkeiten für den Freistaat, die Kreise selbst und die Kommunen Entwicklungen zu befördern? Wer geht in die Gesellschaft hinein, um mögliche Modelle zu diskutieren und Problembewusstsein zu schaffen und Denkbares zu diskutieren. Im Rahmen dieser recht großen Debatte zur Siedlungsentwicklungen darf man nicht im Raum des Abstrakten bleiben, sondern muss sehr emotional und konkret Probleme benennen. Darunter fallen z.B. die perspektivische Sicherstellungen von Wasser- und Abwasseranschlüssen. Wie erhält und entwickelt man eine Infrastruktur, die für viel größere Bevölkerungsgruppen gebaut, perspektivisch aber von immer weniger Menschen genutzt werden? Rettungswege, Rettungszeiten und deren Einhaltung sind da ebenso zu benennen. Was passiert mit möglicherweise „aufgegeben“ Gebieten? Was ist mit Menschen, die alternative Lebensentwürfe leben wollen, zum Beispiel fernab vom Trubel zu leben? Gibt es für solche Ansätze Unterstützung, bzw. ist diese nötig und am Ende vielleicht viel preiswerter, als bis in die kleinste Siedlung Wasser, Strom und Abwasser zu legen? Profitieren dann nicht alle vom Aussteigertum?

Lebensplanungssicherheit im ländlichen Raum

Die Lebensplanungssicherheit im ländliche Raum und deren Qualifizierung und Erhalt über die nächsten Jahre hinweg umfasst viele Themen. Es ist die Frage zu beantworten, was Regionen attraktiv macht, dort zu leben und zu bleiben.

1. Tätigkeit und Leben im ländlichen Raum müssen vereinbar sein

Zum Leben der meisten Menschen gehört eine Tätigkeit, die nicht nur reiner Broterwerb ist, sondern in gewissem Maße auch erfüllen soll, hinzu. Dies steht und fällt nicht nur mit angemessenen Arbeitsbedingungen, sondern auch mit einer ordentlichen Vergütung. Die Niedriglohnstrategie der CDU der letzten 25 Jahre stellt uns gerade jetzt in den ländlichen Räumen vor Scherbenhaufen. Das Lohnniveau ist so niedrig, dass viele Aufstocken müssen, um überhaupt über den Monat zu kommen. Und es ist ein endloser Kreislauf. Niedrige Einkommen, geringe Kaufkraft – ein Schleife, aus der ohne arbeitsmarktpolitische Interventionen nicht rauszukommen ist. Die Kaufkraft durch ordentliche Bezahlung wiederum ist wichtiger Baustein für Lebensqualität und regionale Wirtschaftskreisläufe. Wenn Ausflüge ins urbane Leben möglich sind, dann ist evtl. auch das Leben im ländlichen Raum attraktiver. Es ist Kaufkraft nötig, um einheimischen Produkten den Vorzug zu geben.

Kurz: Wir brauchen arbeitsmarktpolitische Programme für die ländlichen Regionen in Sachsen, aber auch eine Perspektive die über die klassischen Grenzen des ersten Arbeitsmarktes hinausweisen.

2. Infrastruktur – Abstrakter Begriff, konkrete Lebenswirklichkeit

Ob Menschen ihr Leben im ländlichen Raum lebenswert gestalten können, hängt nicht zuletzt vom abstrakten Begriff der Infrastruktur ab. So ist beispielsweise die Frage der Mobilität eine entscheidende. Eine Episode: Es gehört zu den Wahrheiten, dass Jugendliche im ländlichen Raum kaum erwarten können, einen motorisierten Untersatz ihr Eigen zu nennen und sich ihre Lebenswirklichkeit ganz entscheidend genau um die Frage der individuellen Mobilität dreht, während Gleichaltrige im urbanen Kontext ganz andere Dinge umtreibt. Schlicht aus Mangel an Mobilitätsmöglichkeiten im ländlichen Raum. Menschen jeden Alters haben ein Recht darauf, an Freizeitangeboten teilzunehmen, Behördengänge erledigen bzw. sich frei bewegen zu können. Das bedeutet, dass die Landkreise und Gemeinden hier Lösungen für attraktiven ÖPNV anbieten müssen.

Menschen brauchen Orte des Lebens und Orte des Treffens. Das muss vermutlich nicht immer das hippe Café sein. Aber Menschen müssen sich verabreden, treffen, Zeit miteinander verbringen können, außerhalb von Wohnung und Garten. Für den ländlichen Raum sind das nicht zuletzt beispielsweise Gast- oder BürgerInnenhäuser, die es zu erhalten und als generationenübergreifende Angebote zu etablieren gilt.

Zu attraktiven Lebensräumen gehören auch Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Dabei muss der ländliche Raum nicht zwangsläufig in Konkurrenz mit Großstädten treten – kann er auch nicht, denn ein solch geballtes kulturelles, sportliches Angebot bzw. Freizeitangebote auf engstem Raum wird in der Fläche nicht abzusichern sein. Aber dennoch bedarf es einer Grundstruktur. Diese muss allen Altersgruppen gerecht werden, kann und sollte auch generationenübergreifend gestaltet werden. Genau das macht den Zusammenhalt in ländlichen Regionen aus. Dabei können zum Beispiel auch touristische Angebote mit denen für die in der Region lebende Bevölkerung verknüpft werden.

Um in einer Region zu bleiben, bedarf es perspektivisch eines ausreichenden Angebotes gesundheitlicher Versorgung. Ärzte und Fachärzte sind genauso notwendige wie eine ausreichende Anzahl an Pflegekräften. Schon jetzt bröckelt es an allen Ecken und Kanten, Ärzte praktizieren bis weit ins Rentenalter hinein, es fehlt an Pflegepersonal. Derzeit ist weder vom Freistaat Sachsen, noch von den Landkreisen eine ernsthafte Auseinandersetzung und konzeptionelle Arbeit zu sehen – von vorsichtigen Versuchen, wie Förderstipendien für angehende Ärzte mal abgesehen. Hier können wir als LINKE ansetzen und müssen uns Gedanken darüber machen, wie flächendeckende Gesundheitsversorgung perspektivisch aussehen kann. Zumal dies nicht nur ein Problem der Älteren ist, die sich einen würdevollen Lebensabend verdient haben. Sondern diese Frage ist auch für junge Menschen und Familien entscheidend, wenn sie überlegen, wo sie leben und bleiben wollen.

Schulen und Kitas sind wichtige Faktoren für Familien, um sesshaft zu werden. Es kann nicht sein, dass in den ländlichen Regionen mehr und mehr freien Schulen die Versorgungsaufgabe staatlicher Schulen übernehmen. Auch hier sind wir noch konzeptionslos.

3. Ungeregelte Unternehmens- und Praxisnachfolgen

Insbesondere in den ostdeutschen ländlichen Regionen werden Unternehmens- und Praxisnachfolgen zum Problem. Familienbetriebe werden nicht von den nachfolgenden Generationen übernommen, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Gerade aber die kleineren Betriebe stellen einen erheblichen Teil an Infrastruktur im ländlichen Raum. Wenn diese wegbricht, wird Leben im ländlichen Raum noch unattraktiver. Auch hier ist konzeptionelle Arbeit nötig. Neben der Schaffung und dem Erhalt von Rahmenbedingungen und Infrastruktur sollte es hier Förderprogramme geben. Das gleiche gilt für die Praxisnachfolge.

Hier reichen vermutlich auch keine Anreize, die zwei Jahre andauern, sondern es braucht ganzheitlicher Ansätze. Bereits in Berufsausbildung und Studium sollte für den ländlichen Raum geworben werden und auch die Ausbildung den Besonderheiten entsprechend ausgerichtet werden. Weiterhin müssen diejenigen, die einen Start in ländlichen Regionen wagen, auch die Gewähr haben, dass die Rahmenbedingungen stabil bleiben, angefangen bei ausgebildeten Arbeitskräften, weitergehend über Unterstützung bei der Nutzung bestehender Förderprogramme, aber auch Beratungen, in Zeiten, in denen die Geschäfte nicht so gut laufen.

4. Regionale Wirtschaftskreisläufe

Parteiübergreifend wird seit Jahren die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe beschworen. Die zu beantwortende Frage ist die der konkreten Umsetzung. Welche Möglichkeiten hat der Freistaat, um das zu unterstützen? Wie können die Landkreise aktiv werden? Welche Rolle spielen die vergleichsweise niedrigen Einkommen im ländlichen Raum? Wie schafft man es, auch bei den in den Regionen lebenden Menschen mehr Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Dienstleistungen und Produkte aus der Region bezogen werden müssen? Reichen dafür wirklich Imagekampagnen oder bedarf es mehr? Wir brauchen hier Ansätze und Konzepte, denn auch die wirtschaftliche Schere zwischen Stadt und Land darf nicht noch weiter auseinanderklaffen. Und wenn wir unseren Ansatz, dass wir Politik mit den Menschen für die Menschen machen wollen, ist es oberstes Gebot, auch über wirtschaftliche Strukturen in den ländlichen Regionen tiefgreifender als bisher zu reden.

5. Beteiligung von Menschen und breite Information

In ländlichen Räumen hat man das Gefühl, dass sich Politik und Verwaltung miteinander zurecht geschaukelt haben. Man kennt sich über Jahre persönlich und will sich auch nicht wehtun. Aber genau das tut Entwicklung in den Regionen weh und am der Gesellschaft im ländlichen Raum. Politik im Meinungsstreit zu entwickeln hat das letzte Mal vermutlich vor 20 Jahren stattgefunden. Eher zeichnet sich ein Bild, dass alle ihre Pflicht tun und mehr oder weniger ratlos sind.

Hier müssen wir als LINKE trommeln und wieder konkret Politik betreiben, im Meinungsstreit, Austausch, Debatte. BürgerInnenversammlungen, Zukunftswerkstätten und Debatten, wie wichtig denn die schwarze Null ist?

Es muss wieder Beteiligung und Emotionalität die Politik bestimmen. Und Menschen müssen informiert werden. Derzeit informiert die CDU sachsenweit nur in einem

Mindestmaß. Damit ist unsere Aufgabe, Licht ins Politikdunkel zu bringen. Es braucht Landkreisinformationssysteme, die Menschen allen Alters gerecht werden und die Mindeststandards an Transparenz entsprechen. Politische Wirrungen, wie Haushalte von Kreisen und Kommunen sind von uns transparent zu machen, damit die Menschen verstehen, über was verhandelt wird.

6. Junge Menschen und Landleben – geht das noch zusammen?

In ländlichen Regionen wird viel über junge Menschen geredet, aber nicht mit ihnen. Das ist problematisch, weil es keine Befragungen, Erhebungen und Debatten dazu gibt, was sich der jüngere Teil der Bevölkerung von ihrer Region wünscht, was sie überreden könnte, zu bleiben.

Auch hier sind wir gefragt. Die CDU stellt das eigene Wahlvolk zufrieden, das sind vornehmlich die Älteren. Aber die Jüngeren und deren Infrastrukturwünsche und -bedürfnisse vor Ort bleiben oft auf der Strecke. Sie, die CDU, das zeigt sich hier im Besonderen, ist entweder nicht gewillt, das Demografieproblem zu lösen, oder die Ideenlosigkeit hat sie so lethargisch gemacht, dass auf diesem Gebiet so gut wie nichts passiert.

Hier sind unsere Kreistagsfraktionen, die Gemeinderäte, aber auch die Landtagsfraktion gefragt.

7. Neue Debatte über Gemeingüter, Allmende-Bewegungen auch im ländlichen Raum, oder doch alles nur Gedöns?

Für die städtischen Räumen werden derzeit sehr linke und progressive Debatten geführt, zum Beispiel zu Gemeingüter oder der Allmende als eine Rechtsform des gemeinschaftlichen Eigentums. In urbanen Räumen ist diese Diskussion im linken Spektrum schon sehr weit vorgedrungen. Im ländlichen Raum spielen solche Ansätze leider kaum eine Rolle. Warum eigentlich nicht? Uns sind diese Ansätze nicht unter Umständen auch die Lösung für einige der Probleme im ländlichen Raum?

Einfach ist die Debatte um Gemeingüter für uns LINKE nicht, fußt die Logik der Debatte beispielsweise auf dem Ziel von weniger Staat. Aber eben auch auf weniger Markt und mehr Gemeinschaft – diese beiden Gedanken sind uns sehr nahe. Es geht darum, jenseits von Markt und Staat Entfaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen und gleichzeitig auch bessere Lebensqualität für alle zu bieten. Der Grundgedanke der Allmende hingegen bezeichnet Gemeinschafts- oder Genossenschaftsbesitz abseits von ausgewiesenen landwirtschaftlichen Nutzflächen zum Beispiel. Die Allmende ist im Grunde Teil des Gemeindevermögens, der in Büchern nicht auftaucht, aber von allen genutzt wird. Darunter fallen abseits gelegene Wege, Wälder oder auch der Löschteich.

Unter dieser Idee finden sich Nahversorgungsläden, die von Bürgerinnen und Bürgern betrieben werden, um die Infrastruktur zu erhalten. Diese Vereins- und Genossenschaftsstrukturen werden im österreichischen Raum von Land und Gemeinden unterstützt, durch finanzielle Beiträge aus der Bevölkerung getragen werden. In ganz Europa bauen mehr und mehr Menschen eine sog. solidarische Landwirtschaft in Form von Genossenschaften von unten auf und schaffen Ernährungssouveränität – weil sie nicht warten wollen, bis sich Politik ihren Problemen zuwendet.

Auch wir als LINKE zuerst den Staat in der Pflicht sehen, sollten wir aufgeschlossen sein gegenüber solchen Selbstermächtigungsmodellen und diese Debatte auf den ländlichen Raum übertragen.

8. Klamme Kassen als Verhinderer – nicht mit uns

Seit Jahren werden die Kreise und Gemeinden ausgeblutet. Die Infrastruktur, die sichergestellt werden muss, sinkt nicht im dem Maße, in dem Bevölkerung derzeit schrumpft in den ländlichen Räumen. Kein Wunder, dass landauf landab Probleme entstehen.

Wir LINKE haben hier die Aufgabe, wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken, dass ländliche Regionen eine ausreichende Finanzausstattung brauchen und sich nicht nur über die Fördertöpfe der EU, die alle zwei Jahre neu aufgelegt werden über Wasser zu halten.

Dabei ist die schwarze Null nicht unser Gebot der Stunde, sondern das, was vor Ort nötig ist. Die Parteidisziplin der CDU-Landräte und BürgermeisterInnen unbedingt ausgeglichene Haushalte schaden Sachsen und seinen Regionen auf lange Sicht. Was passiert denn? Es wird an notwendigen Investitionen gespart, welche für die Attraktivität des ländlichen Raum unabdingbar sind und für die Lebensqualität notwendig. Auch hier sind wir wieder bei Fragen des ÖPNV, Schulen, Kitas usw. Das müssen wir deutlicher benennen und gegen den Strom schwimmen. Warum freuen sich unsere Fraktionen über ausgeglichene Haushalte und loben die CDU dafür, wenn jeder einzelne so beschlossene Haushalt auf Kosten der Menschen beschlossen wird?

Es braucht mehr noch Töpfe, über die die Menschen in den Regionen entscheiden können, wo sie ihre Prioritäten setzen können, mit Hilfe derer bürgerschaftliches Engagement befördert wird und wieder Entscheidungsbefugnisse an Menschen delegiert wird, die sich nicht zur Wahl gestellt haben.

9. Let's do linke Kreispolitik!

Wir brauchen Dynamik und Schwung in den Debatten für den ländlichen Raum und wir sollten mutige Forderungen aufmachen und mutige Konzepte entwickeln. Denn die meisten Dinge sind machbar, wenn alle Ebenen zusammen wirken. Wir müssen aufzeigen, wie es besser geht und brauchen uns dabei nicht an den Sachzwängen der Regierenden orientieren, sondern an unseren linken Leitbildern.

Wir sind diejenigen, die informieren, bürgernah Informationen aufbereiten und zur Verfügung stellen, kritisch hinterfragen. Wir sind diejenigen, die Menschen einbinden und mitnehmen.

Dabei können wir natürlich nicht querbeet jede Sau durchs Dorf jagen, aber können uns vor Ort auf machbare Veränderungsprojekte konzentrieren – in den Bereichen Transparenz, BürgerInnenbeteiligung, bürgerschaftliche Projekte, Zukunft der Landkreise.

Kommunalpolitik muss nicht langweilig sein. Schon allein das innerliche Entziehen vom Sachzwangargument würde uns unglaubliche Freiheit und Potential für innovative Ideen verschaffen. Wir brauchen nicht verwalten, sondern wir sind die mit den Gestaltungsideen.

All die Punkten sollen lediglich Debattenanstöße sein, was diskutiert werden kann, was wir ausgestalten können nach linken Gesichtspunkten und zutiefst sozial.

Unser Ziel muss es sein für die Regionen Sachsen, Konzepte zu entwickeln, die über den Tellerrand hinaus weisen und die das Ziel haben, Lebensplanungssicherheit im ländlichen Raum zu schaffen und auch nachvollziehbar perspektivisch erhalten. Diese Diskussion kann man nicht ohne die Modell- bzw. Siedlungsdiskussion zu führen. Denn am Ende wollen wir ja auch das Machbare. Also das, was die Menschen verträglich finden, was ihnen eine Perspektive der Mitwirkung bietet – also das, was auf lange Sicht Bestand hat.